bis alliierten Kriegsrates mit Foch die neuen Waffenstillstandsbedingungen sowie die Effektivbestände der alliierten Armeen bei einer Besetzung Deutschlands zur Besprechung. Die alliierten Großmächte werden auf strikteste Durchführung der neuen Bedingungen bestehen.

+ **Regelung der Kriegsbeschädigtenfürsorge.** Der Rat der Volksbeauftragten beriet über die Regelung der Kriegsbeschädigtenfürsorge. Dem Vernehmen nach ist beabsichtigt, einen Vertreter der Kriegsbeschädigten mit der Leitung der Versorgungsabteilung im Kriegsministerium zu betrauen.

Österreich.

x **Die Blockade ist nur ein Geschäft!** Über die Handhabung der Blockade durch die Entente machte der Wiener Bürgermeister Weiskirchner folgende Mitteilung: „Es war mir gelungen, für Wien Getreide aus Argentinien sicherzustellen. Ich hatte auch schon ein Schiff von zehntausend Tonnen gemietet. Die Entente verbot jedoch die Einlieferung der Fracht, offenbar deshalb, weil das argentinische Getreide viel billiger gewesen wäre als das nordamerikanische.

Rußland.

x **Zur Erschießung der russischen Großfürsten** wird ergänzend gemeldet, daß die Hinrichtung der vier russischen Großfürsten am 28. Januar stattfand. Mit den Großfürsten wurden noch 172 andere Personen erschossen, und zwar 144 Männer und 28 Frauen, die von den Bolschewisten beschuldigt wurden, an der sogenannten „englisch-französischen Organisation" teilgenommen zu haben. Alle Großfürsten starben würdevoll. Großfürst Nikolai Michailowitsch war so krank und durch Hunger geschwächt, daß er auf einer Tragbahre auf den Hof getragen und in dieser Lage erschossen werden mußte. Die Erschießung wurde durch eine Abteilung Matrosen und Chinesen in Gegenwart der „außerordentlichen Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolution" vorgenommen.

Schweiz.

x **Auf der Internationalen Sozialistenkonferenz** in Bern gab Mistral im Namen der französischen Delegation die Erklärung ab, daß sie die Resolution über die territorialen Fragen auch im Sinne des Plebiszits für Elsaß-Lothringen annähme. Renaudel dankte Eisner, Kautski und Bernstein, daß sie nicht die Internationale abgewartet hätten, um zuzugestehen, daß die elsaß-lothringische Frage nicht lediglich eine deutsche sei. Der Redner besprach dann noch die deutsche Resolution betreffend das linke Rheinufer und das Saarbecken und erklärte unter stürmischem Beifall der Versammlung, daß die französische Sozialdemokratie sich jeder Annexion, ausgenommen der von Elsaß-Lothringen, widersetze.

Aus In- und Ausland.

München. Der zum bayerischen Landtag gewählte Professor Vilotz fordert unter scharfen Angriffen auf den Ministerpräsidenten Eisner die schleunige Einberufung des Landtages. Wie Vilotz erkennen läßt, ist der Entwurf der neuen bayerischen Verfassung bereits seit sechs Wochen fertiggestellt.

München. Der in Moskau geborene, in der letzten Zeit in der Öffentlichkeit vielfach hervorgetretene Dr. Levien ist wegen seiner Umtriebe, die letzten Endes darauf abzielten, den Bürgerkrieg nach Berliner spartakistischem Muster auch in München zu entfesseln, verhaftet worden.

Breslau. Der Konflikt zwischen dem Breslauer Soldatenrat und den Offizieren, der zum Offiziersstreik führte, ist durch allseits befriedigende Einigungserklärungen beendigt worden.

Düsseldorf. Von spätestens dem 10. Februar ab müssen alle Zeitungen in dem von den Belgiern besetzten Gebiet Deutschlands in lateinischen Lettern gedruckt werden.

Luxemburg. Die Kammer nahm den Gesetzentwurf betreffend das Frauenwahlrecht, vom 21. Lebensjahre ab, an.

London. Die beabsichtigten amerikanischen Flottenpläne erregen in England großes Aufsehen.

Nach der Präsidentenwahl.

Stimmungsbilder aus der Nationalversammlung.

af. **Weimar, 8. Februar.**

Wenn man mit wenigen Worten den Eindruck des zweiten Sitzungstages schildern will, so darf man feststellen: es war gemütlicher. Die Steifheit des Eröffnungstages war verschwunden, die Fremdheit zwischen den Menschen war gewichen und ganz unmerklich begannen sich Fäden zu spinnen, die von Mensch zu Mensch und von Fraktion zu Fraktion führen. Das trat am deutlichsten in die Erscheinung durch die Unterstützung, die die Kandidatur Dr. David für den Präsidentenposten auf allen Seiten des Hauses — nur nicht bei den Unabhängigen — fand. Dr. David ist allgemein bekannt als Verfechter der Kriegspolitik der Mehrheitsparteien. In einem lesenswerten Buche hat er lebhaft den Vorwurf bekämpft, Deutschland trage allein die Schuld am Weltkriege. Seit Ausbruch der Revolution ist er Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte gewesen. Daß die Nationalversammlung den richtigen Mann für den großen Augenblick gewählt hatte, bewies die kurze Ansprache Dr. Davids, die er für die Wahl dankend an das Haus richtete. Gewiß auch sie war parteipolitisch-sozialistisch. Aber darüber hinaus ließ sie doch den Mann erkennen, der gewohnt ist, den Blick über die Enge seiner Partei in die Weite und auf das Ganze zu richten. Das zeigten seine Worte, die er den Elsaß-Lothringern widmete, die wir nicht aufhören wollen, zu den unsern zu zählen, bis Volksabstimmung erfolgt ist. Mit lebhaftem Beifall wurde sein Gruß an Deutsch-Österreich begleitet. Und wohl alle im Hause stimmten dem Redner zu, als er schloß, daß von Weimar eine Flamme ausgehen möge, die die Herzen des Volkes erwärmt und die Seelen erleuchtet, um mit neuem Mut und neuer Kraft den Aufstieg zu einer glücklicheren Zukunft zu finden.

•

Die Frauen in der Nationalversammlung! Wie die Feststellung am zweiten Tage ergab, sind ihrer 36 Abgeordnete, darunter 20 verheiratete und 16 ledige Damen. Die Volksbeauftragten hatten bekanntlich vorgeschlagen, daß alle weiblichen Mitglieder der Nationalversammlung Anspruch auf die Anrede „Frau" haben sollten. Die ledigen Damen wünschen indes mit „Fräulein" angeredet zu werden. Ganz glatt — vielleicht zum erstenmal in einem Theater! — ist die Hutfrage von den Damen geregelt worden. Sie kamen stillschweigend überein — hutlos zu erscheinen. Eine der Damen — Lore Agnes, die sich zur Partei der Unabhängigen Sozialdemokraten zählt — ist im Vorstand der Versammlung vertreten. Sie hat ein Schriftführeramt übernommen. Also das weibliche Element hat scheinbar seinen ersten Sieg der Versöhnlichkeit errungen.

•

In den Kommissionen wird flott gearbeitet. Besondere Schwierigkeiten machte die Diätenberechnung. Man einigte sich nach mancherlei Aussprachen dahin, daß den Mitgliedern der Nationalversammlung für die Dauer der Tagung eine Aufwandsentschädigung von 8000 Mark gewährt werden solle. Auch die nach Weimar kommandierten Beamten erhalten entsprechende Zulagen. Von allen Seiten wird vorwärtsgedrängt — allen Deutschen könnte die Nationalversammlung ein leuchtendes Vorbild des Arbeitswillens sein. Der zweite Tag brachte auch einen Mißklang. Das Kabinett hat beschlossen, die in Deutschland gewählten Elsaß-Lothringer nicht zur Nationalversammlung zuzulassen, um bei den Franzosen nicht unliebsam Anstoß zu erregen. Der ehemalige Kriegsminister Scheüch, der Sprecher der Elsaß-Lothringer, lehnte die ihnen zugewiesenen Plätze auf der Tribüne ab.

•

Heute wird Staatssekretär Dr. Preuß nur die Begründung des Notverfassungsgesetzes geben. Die Besprechung soll erst am Montag stattfinden und in erster, zweiter und dritter Lesung am Dienstag zu Ende geführt werden. Am Mittwoch wird dann die Wahl des Reichspräsidenten vorgenommen, worauf sofort das neue Kabinett gebildet wird. Zu Beginn der Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstandes (am 12. d. Mts.) wäre dann bereits eine verhandlungsfähige Regierung vorhanden. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß unmittelbar nach Annahme des provisorischen Verfassungsgesetzes der Präsident der Nationalversammlung sein Amt niederlege, damit **nicht die drei Präsidentenstellen, Reichspräsident, Ministerpräsident und Präsident der Nationalversammlung in den Händen der Mehrheitssozialisten sind.** Man nimmt an, daß der Zentrumsabgeordnete **Fehrenbach**, der ehemalige Reichstagspräsident, zum Präsidenten der Nationalversammlung gewählt werden wird.

Die Notverfassung vor der N.-V.

(3. Sitzung.) *CB.* **Weimar, 8. Februar.**

Unter gespannter Aufmerksamkeit des Hauses begründete heute alsbald nach Eröffnung der Sitzung Staatssekretär des Innern Preuß den Notverfassungsentwurf, den „Entwurf eines Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt", wie er offiziell benannt ist. Anfänglich war geplant, diese Notverfassung gleich in allen drei Lesungen en bloc anzunehmen; die Mehrheitsparteien hatten sich bereits in dieser Richtung geeinigt. Aber der Plan scheiterte an dem durch den Abg. Haase vertretenen Widerspruch.

Der vorliegende Entwurf stellt ein Provisorium dar, das von einer Kommission auf Grund des von Staatssekretär Preuß zunächst eingebrachten Textes und der dagegen erhobenen Einwendungen bearbeitet wurde. Es enthält neun Paragraphen, will einen Staatenausschuß schaffen und berücksichtigt manche Sonderwünsche der Einzelstaaten, überläßt jedoch der Nationalversammlung die oberste Gewalt und letzte Entscheidung. Die Nationalversammlung wählt auch den provisorischen Präsidenten, für dessen Amt bekanntlich Herr Ebert ausersehen ist. Gewählt wird der Reichspräsident von der Nationalversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit. „Sein Amt", heißt es, „dauert bis zum Amtsantritt des neuen Reichspräsidenten, der auf Grund der künftigen Reichsverfassung gewählt wird." Die eigentliche Arbeit an der neuen und dauernden Verfassung wird später folgen, wenn das Provisorium angenommen ist.

Die Wetterwolke im Osten.

Deutschland das Ziel der Sowjets.

Die Überfülle der politischen Geschehnisse im Reiche und draußen in der Welt sind geeignet, den Blick von der Stelle abzulenken, von der uns die größte und unmittelbarste Gefahr droht, vom Osten. Die Bolschewisten Rußlands und die deutschen Spartakisten arbeiten Hand in Hand, wie durch nachstehende halbamtliche Auslassung bestätigt wird:

In Rußland erließ der Rat der Regierung einen Aufruf im Hinblick auf Liebknechts Tod, die Antreibung zum Einmarsch in Deutschland und zur Vereinigung mit Spartakus zu verdoppeln. Die Zeitungen sind mit Trauerrand versehen.

Also: an den Grenzen den äußeren Feind mit seinen neuen, wohldisziplinierten Heeren und zu Hause den entschlossenen inneren Feind, der allerorten versucht, obwohl in verschwindender Minderheit, mit den Waffen in der Hand Oberwasser zu bekommen. Hindenburg allein kann es draußen auch nicht schaffen; er bedarf auch der Unterstützung.

Heeresbericht Oberost.

Die Oberste Heeresleitung meldet über die Lage im Osten: A. O. K. Nord: Keine besonderen Ereignisse. Kowel wurde von uns geräumt. Polen und Ukrainer kämpfen jetzt um seinen Besitz. A. O. K. Süd: Starke polnische Angriffe in der Gegend von Rawitsch. Anfangserfolge der Polen wurden durch einen deutschen Gegenangriff ausgeglichen, der uns wieder in den Besitz sämtlicher beim Angriff verlorenen Ortschaften brachte. Im Netzeabschnitt ist es uns gelungen, die Ortschaften Kolmar, Magonin südöstlich Schneidemühl, zu besetzen. Dagegen schlug ein eigener Vorstoß zur Besitznahme des Dorfes Exin fehl. Schubin südwestlich Bromberg wurde von uns infolge des Polendruckes geräumt.

Gefahren von außen und innen.

Der Vormarsch auf Kurland ist von der bolschewistischen Armee zunächst eingestellt worden. Es soll vorläufig noch unter den eigenen und deutschen Truppen agitiert werden. In etwa vierzehn Tagen wird mit einer Verbrüderung der deutschen und russischen Truppen beim ersten Zusammentreffen von seiten der Sowjetregierung gerechnet, so daß der bolschewistische Vormarsch bis zur Grenze Ostpreußens kampflos erfolgen kann. Die im Grenzabschnitt Bromberg erfolgte Offensive, die zur Eroberung Schubins und bis dicht vor Exin geführt hatte, mußte abgebrochen werden. Die Truppen sind infolge innerpolitischer Zwistigkeiten in ihre Ausgangsstellung zurückgegangen. Diese verläuft jetzt in folgender Linie: Wälder südlich und westlich Bromberg—Steinburg (südlich Nakel)—Südufer der Netze. Sechs Geschütze gingen verloren.

•

Verschiedene Nachrichten.

Prag. Um den Druck an der deutsch-polnischen Grenze zu entlasten, wird die tschechische Regierung in Prag durch deutsche Polen bestürmt, zum Angriff auf Ratibor und Ziegenhals zu schreiten. In der Gegend Freiwaldau und Freudenthal sollen etwa 10 000 Tschechen versammelt sein.

Bromberg. Durch ein Flugzeuggeschwader wurden Wurfgranaten auf Truppenansammlungen und feuernde Maschinengewehre bei Schubin und Netzwalde abgeworfen; im übrigen geringe Gefechtstätigkeit.

Verluste und Beute in Bremen.

19 Tote und 57 Verwundete.

Berlin, 8. Februar.

Nach amtlichen Meldungen aus Bremen haben die Regierungstruppen bislang 10 schwere Maschinengewehre, 9 leichte Maschinengewehre, eine Feldkanone und eine Anzahl von Infanterie- und Seitengewehren erbeutet. Die Verluste der Regierungstruppen betragen bei der 2. Landesschützenbrigade 7 Tote und 27 Verwundete, bei der Matrosenbrigade 8 Tote und 11 Verwundete, beim Freikorps Caspari 4 Tote und 19 Verwundete, im ganzen 19 Tote und 57 Verwundete.

Neue französische Vergewaltigungen.

Ausweisungen aus Baden.

Karlsruhe, 8. Februar.

Die Franzosen haben angeordnet, daß alle Deutschen jeden Alters und jeden Geschlechts, die nach dem 11. November 1918 aus Elsaß-Lothringen in das badische Hanauer Land geflüchtet sind, sofort das Gebiet zu verlassen haben. In drei Kolonnen wurden die armen Leute mit dem zugelassenen 50-Kilo-Gepäck vorgestern auf den Schub gebracht. Die Ausweisungen Deutscher aus deutschem Gebiet sind vor allem darauf zurückzuführen, daß man das fruchtbare, butter- und milchreiche Land vor allem für Elsaß-Lothringen nutzbar machen will.

Kärnten will deutsch bleiben!

Die erste Volksabstimmung.

Wien, 8. Februar.

Das Kärntner Volk, um dessen Gebiet sich Deutschösterreich als bisher berechtigter und der neue südslawische Staat, der seine Grenzen weit nach Norden verschieben will, bewerben, hat man nun mittels Volksabstimmung in dem strittigen Gebiete selbst entschieden, wohin es künftig gehören will. Für Deutschösterreich wurden dabei 61491 und für Südslawien 360 Stimmen abgegeben. Aus diesem Resultat erkennt man das große Unrecht, das mit den südslawischen Ansprüchen den Kärntnern angetan werden würde.

Wilson und die Freiheit der Meere.

Abschaffung der U-Boote.

London, 8. Februar.

Wie zuverlässig gemeldet wird, haben Wilson und seine Mitarbeiter die amerikanische Auffassung von der Freiheit der Meere, die der Friedenskonferenz unterbreitet werden soll, folgendermaßen formuliert:

1. Keine Nation soll eine so große Flotte besitzen, daß sie imstande wäre, die Kontrolle über die Meere allein auszuüben;
2. die Kriegsregeln sollen während eines Krieges nicht geändert werden;
3. jede Nation, gleichviel ob kriegführend oder neutral, soll für die Einhaltung der zur See geltenden Regeln in Kriegszeiten streng verantwortlich gemacht werden;
4. der Begriff „Bannware" soll in Friedenszeiten genau bestimmt werden, und kein neutrales Land soll Bannware verschiffen, noch sollen Schiffe neutraler Länder versuchen, eine von einem kriegführenden Lande errichtete Blockade zu brechen.

Endlich soll die Anwendung von U-Booten beträchtlich beschränkt oder noch besser gänzlich verboten werden.

Spartakus und seine Vorläufer.

Aufstände und Revolten in längstvergangenen Tagen.

Wohl selten ist in den letzten Monaten ein Name so oft im Gebiet des Deutschen Reiches genannt worden, wie der Name Spartakus. Im Jahre 73 vor Christus rief der thrakische Gladiator (durch Kriegsgefangenschaft, Begnadigung oder sonstige Umstände zum Fechterberuf gezwungene Mann) Spartakus mit nur 70 Genossen in Capua einen Sklavenaufstand hervor, der sich mit unheimlicher Geschwindigkeit in Italien ausbreitete und dem große Massen zuströmten, so daß die römische Regierung viele Jahre schwer zu kämpfen hatte, ehe sie ihn gänzlich niederschlug. Da nun nach diesem altrömischen Rebellen die neueste Bewegung unserer Kommunisten genannt wird, so wird allgemein angenommen, daß der Aufstand des Spartakus nicht nur der erfolgreichste, sondern auch der erste solcher Aufstände im Altertum gewesen ist, eine Annahme, die auf einem Irrtum beruht.

Revolutionen und Aufstände waren im Altertum durchaus nicht selten, sondern sie wiederholten sich immer wieder, allerdings waren sie alle grundsätzlich von den neuen Revolutionen dadurch unterschieden, daß es sich bei ihnen niemals um Aufstände von Arbeitermassen handelte, weil es die damals gar nicht gab. Sie sind erst durch die fortgeschrittene, weit ausgedehnte Industrie entstanden. Die Aufstände des Altertums gingen entweder von der bürgerlichen, besonders der agrarischen Bevölkerung oder von den Sklaven aus. Um Reformen des Agrarbesitzes, um Teilung und Bewirtschaftung des Bodens drehten sich die damaligen sozialen Kämpfe, deren bedeutendster Führer in Griechenland Solon war, im Jahre 594 v. Chr., und in Rom die Brüder Gracchus in den Jahren 133—121 vor Christi Geburt. Ganz anderer Art waren die Sklavenaufstände. In den Staaten des Altertums, besonders im römischen Reiche, entwickelte sich immer mehr das Großkapital und der Großgrundbesitz, und die Begleiterscheinung dieser Entwicklung waren große Mengen von Sklaven, die ohne jedes Menschenrecht einfach Besitzstücke ihrer Herren waren. Die Sklaven waren zum großen Teil Kriegsgefangene und deren Nachkommen, sie rekrutierten sich daher aus allen von Rom unterjochten Völkern, besonders Galliern, Thrakern, Germanen, Spaniern und anderen. Unter diesen Unglücklichen befanden sich viele von edlem Abkommen und hoher Bildung, denen die menschenunwürdige Art der Behandlung am ehesten unerträglich wurde, besonders wenn sie Angehörige eines stolzen, freiheitsliebenden Volkes waren. Sie rissen ihre Genossen immer wieder zu offener Empörung gegen die Unterdrücker hin und erregten Aufstände von mehr oder minder großer Ausdehnung.

So kam es in Griechenland wie in Italien in den letzten Jahrhunderten vor Christi Geburt zu zahlreichen Aufständen, von denen der bedeutendste im Jahre 140 v. Chr. auf Sizilien ausbrach. In Massen erhoben sich dort die Sklaven und wählten den Syrier Eunus zum Führer und König, als welcher er sich Antiochus nannte. Er war ein bedeutender von sozialen und religiösen Ideen erfüllter Mann und gewaltige Scharen von Sklaven strömten ihm aus Sizilien und Süditalien zu, so daß er